Nr. 5. 5. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Gesellschafter“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postcatalogs 2616) ohne Bringegeld vierteljährl. M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus.
Verantwortlicher Redaktör: Otto Stolten in Hamburg.

Mittwoch, den 7. Januar 1891.

Anzeigen werden die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt und Vermiethungsanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Die Kohlensteuer.

○ Wer bezahlt eine solche? Wir Alle bezahlen sie in diesem Augenblick, und zwar ist es nicht der Staat, der sie von uns einfordert, sondern die Kapitalmacht, resp. ein Theil derselben in Gestalt der Kohlenbarone. Der Kapitalismus geht dabei viel ungenirter vor als die Staatsgewalt. Wenn die letztere eine Steuer erheben will, so ist dazu erst die Einwilligung der Volksvertretung erforderlich; so weit haben wir es im modernen Staat glücklicherweise so ziemlich überall gebracht. Auch zur Verwendung der Steuererträgnisse gehört die Zustimmung der Volksvertretung, und wenn sie auch heute nicht nach unseren Wünschen geschieht, so ist doch eine Art Kontrole vorhanden.

So wenig auch das Steuersystem des Klassenstaats dem allgemeinen Interesse entspricht, muß doch betont werden, daß die Art, wie der Kapitalismus seine Steuern erhebt, unendlich rücksichtsloser ist, als die des Staates. Die Kapitalisten, wenn sie das Volk besteuern wollen, haben nicht erst die Einwilligung einer Volksvertretung einzuholen; sie haben sich höchstens einigermaßen nach den Verhältnissen des Welt-Waarenmarktes zu richten. Der Kapitalismus lastet mit einer tausendfachen Besteuerung auf allen Konsumenten und die neue Kohlensteuer ist nur ein Theilchen davon, das wir Alle aber empfindlich genug verspüren.

Wenn der Staat Geld und neue Steuern braucht, so hat er die Pflicht, erst das Bedürfniß nachzuweisen. Die Kohlenbarone haben eine solche Pflicht nicht; sie schreiben einfach ihre neue Kohlensteuer in Gestalt erhöhter Kohlenpreise aus und das Publikum muß sie bezahlen, wenn es nicht frieren oder mit theurem Holze heizen will.

Was diese kapitalistische Kohlensteuer wohl nothwendig gemacht hat? Haben die Kohlenbarone, die Aktionäre und die Grubenverwalter vielleicht Mangel leiden müssen? Man wird nicht wohl annehmen dürfen, daß die Herren zu wenig „Unternehmergewinn“ eingehemst hätten, um davon leben zu können; im Gegentheil haben die Bilanzen der verschiedenen Hüttenwerke den Beweis geliefert, daß recht hohe Dividenden und recht niedrige Löhne gezahlt worden sind. Trotz alledem haben sich die Grubenverwaltungen jetzt mitten im Winter nicht genirt, zu einer Preissteigerung zu schreiten. Sie geben an, es sei augenblicklich Mangel an Kohlen, was erstens nicht in dem behaupteten Umfange richtig und zweitens noch kein Grund ist, die Preise in die Höhe zu treiben. Zweitens wird angegeben, es drohe ein Streik der Bergarbeiter und man müsse mit den Kohlen zurückhalten, was einerseits gänzlich aus der Luft gegriffen ist und andererseits eine Preissteigerung gleichfalls nicht rechtfertigt. Nein, die Sache liegt sehr einfach: der große Kohlenring, d. h. die Kohlengrubenbesitzer haben die Zeit für günstig gefunden, ihre Taschen zu füllen; es handelt sich einfach um eine gewinnsüchtige Spekulation, die gar keinen anderen Zweck hat, als die Einkünfte der Kohlenbarone zu erhöhen. Deshalb wird einfach die Kohlensteuer ausgeschrieben und die Strenge des Winters benutzt, sie einzutreiben. Niemand kann sich weigern, sie zu bezahlen, denn die Kälte ist ein unnachsichtiger Exekutor. Die Konkurrenz ist durch den Ring ausgeschlossen und die ganze manchesterliche Bourgeoisweisheit geht dabei in die Brüche. Mit ausländischen Kohlen aber kann nur ein Theil von Deutschland versorgt werden, da uns die Wasserwege mit dem billigen Transport fehlen.

Wenn auch bei uns hier am Platze die Kohlenkrisis nicht mit so heftigen Nachwirkungen wie anderwärts auftritt, so ist es doch interessant genug, diese Erscheinung auch aus der Ferne in ihrer ökonomischen Bedeutung zu betrachten. Wir empfehlen sie besonders Jenen, welche nicht müde werden, darnach zu fragen, wie sich die Zukunft gestalten wird. Hier haben wir einen Ausblick in die Zukunft. Der Großbetrieb monopolisirt für sich die Herstellung der nothwendigsten Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände und die Versorgung der Gesellschaft mit denselben. Eisen, Kohle, Petroleum und hundert andere Dinge hat er bereits in den Bereich seiner Monopole gezogen. Das Kapital erlangt hierdurch einen Machtbereich, der größer ist als der des Staates selber. Es versteht sich von selbst, daß die ganze Gesellschaft abhängig ist von denen, die ihr die unentbehrlichen Lebensbedürfnisse liefern. Der Großhandel wird mit der Zeit Alles an sich ziehen und einige Gesellschaften werden allein Korn und Mehl und dergleichen liefern, da sie Alles vor der Zeit aufkaufen, soweit ihnen nicht der Grund und Boden selbst gehört. Mittels der Preissteigerungen kann dann diese verhältnißmäßig geringe Anzahl von „Ringen“ die ganze Gesellschaft nach Belieben besteuern und ausbeuten. Dies System ist augenblicklich noch im Entstehen begriffen; es wird aber bald einen ungeahnten Umfang erreichen und Alles verschlingen, was an kleinen Betrieben zwischen ihm und dem Konsumenten liegt.

Das ist die unvermeidliche Entwicklung des heutigen kapitalistischen Betriebssystems; sie wird die Menge von Betrieben groß und klein zu einer Reihe von Monopolen verdichten und diese werden in den Händen weniger Großkapitalisten bleiben. Diese werden dann die wahren „Könige der Welt“ sein und werden von ihrer Uebergewalt einen Gebrauch machen, den Niemand mehr ertragen kann. Die ganze übrige Gesellschaft wird sich entschließen müssen, diese Produktionsform durch eine andere zu ersetzen, wenn sie nicht in Sklaverei dahinvegetiren will.

Es ist das Verdienst des wissenschaftlichen Sozialismus, diese Entwicklung erkannt und ihr sein System angepaßt zu haben. Alle anderen wirthschaftlichen Theorien nehmen auf diese Entwicklung zu wenig oder keine Rücksicht und müssen, je mehr sie vorschreitet, um so veralteter erscheinen. Dies ist besonders von dem sogenannten Manchesterthum zu sagen.

Die Stärke des modernen Sozialismus beruht aber grade darin, daß er berechnet, was sich aus unseren Produktionsverhältnissen mit Nothwendigkeit entwickeln muß.

Von der Weltbühne.

Giebt es im Deutschen Reiche ein gleiches Recht für Alle? Wenn wir diese Frage aufwerfen, so klingt herber Sarkasmus hindurch, denn wir haben ja so oft nöthig gehabt, sie mit „Nein“ zu beantworten, daß keiner unserer Leser meinen kann, wir suchten das gleiche Recht für Alle noch wo anders, als nur auf dem Papier. Ist es doch hundertfach zu erweisende Thatsache, daß Handlungen oder Unterlassungen, aus denen man den Sozialdemokraten strafbare Gesetzesverletzungen konstruirt, von unseren Gegnern beständig begangen werden, ohne daß Polizei und Staatsanwaltschaft dagegen einschreiten. Die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen z. B. werden als „politische“, den Vereinsgesetzen unterworfene Vereine erachtet und behandelt; ihre Leiter werden wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz bestraft, wenn sie zwecks Erlasses von Petitionen an die Gesetzgebung ꝛc. sich mit andern Vereinen verbinden. Fast überall versucht die Polizei, der Arbeiterorganisation durch rigorose Handhabung der Vereinsgesetze die Existenz so schwer als möglich oder ganz unmöglich zu machen. Aber wenn Unternehmer-Koalitionen, Innungen ꝛc. sich zu notorisch politischen Zwecken mit einander verbinden, dann hat keine Behörde etwas dagegen einzuwenden. Und die Gegner der Sozialdemokratie haben auch nichts dagegen einzuwenden. Nur, wenn ihre eigenen Interessen bei der ungleichen Handhabung der Gesetze in Frage kommen, dann erinnern sie sich, daß die Verfassung die „Gleichheit vor dem Gesetz“ bestimmt. Und dann nageln sie die behördliche Bevorzugung des Gegners fest. So geschieht es in folgender in der „Germania“ veröffentlichten Zuschrift:

„Nachdem der „Evangelische Bund“ in's Leben getreten ist und insbesondere auch die Bekämpfung der „aus falschen Paritätsbegriffen herfließenden Nachgiebigkeiten gegen römische Anmaßung“ für seine Aufgabe erklärt hat, ist von katholischer Seite unter Hinweis darauf, daß der Bund auch nach seinen weiteren Aeußerungen mit diesem seinen Programmpunkte die verfassungsrechtliche Stellung der katholischen Kirche im Auge habe, bereits wiederholt die Frage aufgeworfen worden, welche Stellung wohl die Behörden zu dem Bunde einnehmen möchten, da derselbe als ein politischer Verein im Sinne des Vereinsgesetzes erscheine, insofern er auch auf „öffentliche Angelegenheiten“ einzuwirken bezwecke. Unter fernerem Hinweis darauf, daß die einzelnen sogenannten Zweigvereine des Bundes mit einer gewissen Selbstständigkeit ausgestattet sind, ist ferner die Frage aufgeworfen, ob der Bund nicht als eine Vereinigung mehrerer politischer Vereine anzusehen sei, welche sich, entgegen dem preußischen Vereinsgesetze, mit der Zentralstelle und unter einander in Verbindung befänden. Die strafrechtlichen Verurtheilungen, welche über den Mainzer Katholiken-Verein und über verschiedene sozialistisch angehauchte Vereinigungen verhängt worden, legten diese Fragen besonders nahe.

„Von Seiten des Bundes wurde der ihm so beigelegte politische Karakter bestritten; die Behörden hüllten sich in Schweigen. Nachdem jetzt aber die Agitation für die Aufrechterhaltung des Jesuitengesetzes in erster Linie grade von dem Bunde betrieben wird, scheint uns der politische Karakter desselben noch greifbarer hervorgetreten zu sein, und dürften daher auch die Behörden nicht mehr Umgang davon nehmen können, zu untersuchen, ob das Verhalten des Bundes für mit dem Vereinsgesetz vereinbar erachtet werden könne. Zum großen Theile ist die Agitation ja hinter den Kulissen betrieben worden; der eine oder andere Zweigverein aber ist offen hervorgetreten; ob eine Verbindung unter den verschiedenen Zweigvereinen bezw. mit der Zentralstelle stattgefunden, wird unschwer zu konstatiren sein — falls seitens der Behörden nur mit annähernd so viel Eifer vorgegangen wird, wie das den obengedachten „staatsfeindlichen“ Vereinen gegenüber geschehen ist.

„Was uns zu dieser „Denunziation“ veranlaßt, haben wir oben bereits angedeutet; es ist nicht die Absicht, den Bund zu vernichten — sondern die Absicht, auch in diesem Falle klargestellt zu sehen, daß in unserem Staatswesen gleiches Recht für Alle gilt, und ob und wie der Bund selbst die Staatsgesetze respektirt.“

Der Einsender ist doch ein recht kindlich-naiver Mensch. Er weiß nicht, daß es längst eine „berechtigte Eigenthümlichkeit“ der unter Berufung auf „Patriotismus“, „Ordnungsliebe“ ꝛc. für den „Staat“ eintretenden Parteien und Kliquen ist, sich an unbequeme Staatsgesetze nicht zu halten und zu glauben, die vereinsgesetzlichen Beschränkungen seien so ein Stück Ausnahmegesetz für die „staatsfeindlichen“ Parteien. Und die behördliche Praxis hat diesem Glauben ein gutes Fundament gegeben.

Fürst Bismarck, der es für gut befindet, von seiner Klause im Sachsenwalde aus durch Vermittlung seines hiesigen Sprachrohres, genannt „Hambg. Nachr.“, an den Handlungen seiner Nachfolger in der Regierung herumzunörgeln und die Konservativen zum Widerstande gegen die Regierung aufzustacheln, muß sich recht bittere Kritiken seines Thuns gefallen lassen, selbst von Leuten, die ihn früher sehr geschont haben. Schärfer und treffender aber noch gehen ihm seine alten Feinde zu Leibe. So schreibt eine Korrespondenz für Zentrumsblätter:

„Die Interviewer werden gradezu aufgefordert, sich gefälligst in Friedrichsruh einfinden zu wollen, da Fürst Bismarck „das Bedürfniß und das Recht hat, seine politischen Ansichten öffentlich auszusprechen“. Wenn nun die Prozession der Reporter nicht wieder in Gang kommt, so wird wohl nächstens noch Erstattung der Reisekosten versprochen werden, d. h. nur in dem Falle, wenn sich Verehrer finden, welche dazu einen Fonds stiften. Immer 'ran, meine Herrschaften, die Vorstellungen sind wieder eröffnet! Wenn wir die Sache spöttisch behandeln, so veranlaßt uns dazu der Umstand, daß Fürst Bismarck mit dem ganzen Aufgebot des besten Theils der Tapferkeit sich fortwährend bemüht, bei seinen Expektorationen sich ein Hinterthürchen offen zu halten, um sich an der vollen Verantwortlichkeit vorbeidrücken zu können. In den jüngsten Artikeln wird wieder 'mal Einsprache dagegen erhoben, daß man die Urheberschaft der auffallenden Artikel der „Hamb. Nachr.“ in Betracht ziehe. Und auf diese Ablehnung der Verantwortlichkeit folgen dann sofort Ausführungen über Gefühle und Handlungen des Ex-Reichskanzlers, die nur von diesem selbst herrühren können. Artikel mit Namensunterschrift veröffentlicht Fürst Bismarck nicht; er hält auch keine Reden im Herrenhause oder irgendwo sonst, wo ein offizielles Stenogramm aufgenommen wird. Was er vor Interviewers geplaudert hat, kann immer „berichtigt“ werden. Es ist die Fortsetzung der alten offiziösen Wirthschaft: er greift an, aber wenn der Angegriffene sich wehren will, dann sieht er sich einem vorgeschobenen Strohmann gegenüber. Zu dieser Hinterhaltigkeit kommt der Mißbrauch von amtlichen Kenntnissen, die Fürst Bismarck als Privatmann nicht ohne Genehmigung der Regierung in die Oeffentlichkeit bringen darf. In dem Neujahrsartikel der „Hamb. Nachr.“ findet sich z. B. die bösartige Bemerkung, daß es bei den früheren handelspolitischen Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn oft einer großen Mannigfaltigkeit diplomatischer Redewendungen bedurft habe, um die Zumuthungen von ungarischer Seite ohne Unhöflichkeit abzulehnen. Wenn unter dem Regime des Fürsten Bismarck ein ehemaliger Beamter des Auswärtigen Amtes so etwas hätte drucken lassen, so würde ihm alsbald der Prozeß gemacht worden sein. Aber die jetzige Regierung hat erstens keine Neigung zu Arnim-Prozessen, und zweitens würde es bei der bekannten Vorsichtigkeit des Fürsten Bismarck schwer werden, den juristischen Beweis seiner Autorschaft zu erbringen. Die Redaktion der „Hamb. Nachr.“ wird zu Gunsten ihres werthvollsten Mitarbeiters schon das Redaktionsgeheimniß wahren. Daß wir diese Indiskretion mit Recht „bösartig“ nennen dürfen, ergiebt sich aus der Neujahrsrede des ungarischen Ministerpräsidenten. Die ungarische Regierung legt einen außerordentlich großen Werth auf das Zustandekommen des angebahnten Handelsvertrages, und nun kommt grade im kritischen Moment dieser Knüppel aus dem Friedrichsruher Hinterhalt. Unter Verletzung der Amtsverschwiegenheit wird gehetzt gegen eine befreundete Nation und gegen eine schwebende diplomatische Unternehmung des Nachfolgers des Fürsten Bismarck!“

Für einen Mann, der so lange jede ihm feindliche Meinung bei Untergebenen und Anderen unnachsichtlich verfolgt hat, muß es recht bitter sein, sich so vor der Welt dar- resp. bloßgestellt zu sehen. Daß ihm Unrecht geschieht, kann man aber wahrlich nicht sagen.

Ein sozialdemokratischer Parteitag für Rheinland und Westfalen hat am Sonntag, den 4. Januar, in Köln stattgefunden. Sämmtliche Wahlkreise dieser Ländertheile waren durch 89 Delegirte vertreten. Es handelt sich hauptsächlich um die Regelung der provinzialen Preßverhältnisse, die Agitation und den engeren Zusammenschluß der Parteigenossen. Dabei war selbstverständlich die Erwägung der Nothwendigkeit und der besten Art des Kampfes gegen das Zentrum bestimmend und leitend. Der erste Redner, Genosse Lücke-Köln, trat Namens seiner Mandatgeber für die Gründung eines größeren, wenn möglich täglich in Köln, als dem Hauptsitze des Zentrums, erscheinenden Organs ein. — Grimpe-Elberfeld wünschte, man möge als provinzialles Organ die bereits seit Jahren in Elberfeld erscheinende „Neue Freie Presse“ anerkennen, die speziell den Kampf gegen den Ultramontanismus erfolgreich geführt habe. Reichstagsabgeordneter Schumacher-Solingen führte aus, der Schwerpunkt der Agitation gegen die Ultramontanen liege nicht auf der rechtsrheinischen, sondern auf der linksrheinischen Seite. „Denn das Wupperthal, Solingen u. s. w., gehören uns, Hamm wird später unser sein. Es handelt sich jetzt um die großen Fabrikreviere Köln, Krefeld, Viersen. Das in Köln zu gründende Blatt soll die Leute zwischen Köln und Koblenz, Köln und Krefeld an uns heranziehen. Wenn hier gesagt wird, das Blatt soll das Zentrum bekämpfen, so bekommen wir diese Kreise nur auf unsere Seite, wenn das Wort „Religion ist Privatsache“ auch wirklich durchgeführt wird. Hier bekommen wir nicht die Landbevölkerung so leicht auf unsere Seite. Nach Bonn und Koblenz werden niemals die Eigenthumsverhältnisse sich so konzentriren können wie anderwärts. Wenn auch dort die kleinen Gütchen hoch mit Hypotheken belastet sind, so fällt es den Leuten doch nicht ein, Sozialdemokraten zu werden, so wenig wie sie Liberale werden. Das ganze Rheinland war liberal, bis der Kulturkampf kam. Es ist ganz gleich, ob der Kulturkämpfer Bismarck oder Sozialdemokrat heißt. Wenn der Thurm des Zentrums gestürmt oder, aufrichtiger gesagt, die Leute für die Sozialdemokratie gewonnen werden sollen, dann müssen wir von Köln aus besonders vorgehen. Es müssen für ein Zentralorgan hier in Köln Kapital und geistige Kräfte gewonnen werden. Die Sache ist nicht so schwierig. Aus kleinen Anfängen entwickeln sich große Dinge, dies beweist die „Kölnische Zeitung“, deren Druckerei im Anfang dieses Jahrhunderts Marcus Du Mont für 1400 Reichsthaler gekauft hat. Wir müssen in Köln ein tüchtiges Blatt haben, in dem aber nicht freireligiöse Pfaffen das Ruder führen. Wählen Sie eine Kommission zur Prüfung der Frage. Die Summen und Kräfte werden sich finden. Hier auf dem linken Rheinufer muß gekämpft werden. Rechts haben wir die Leute, und die wir noch nicht haben, bekommen wir. Ich bin nicht bange, daß die Rheinländer auch wieder auf der Seite der Partei stehen werden, welche für die Freiheit gekämpft hat. Ich erinnere daran: Als vor einem Jahrhundert hier noch keine Schulen existirten und die Franzosen kamen, da waren die Rheinländer es, welche die Franzosen mit offenen Armen empfingen. Heute allerdings sind die Zustände anders. Ich erinnere ferner daran, wie die Ultramontanen den Verhältnissen sich anzupassen wissen. Bis 1794 gab es im Dom zu Köln keinen Geistlichen, der dem Adel nicht angehörte. Es gab keinen bürgerlichen Erzbischof in Köln, bis die Franzosen kamen. Wenn die Ultramontanen sagen: Wir sind die staatserhaltende Partei, so können wir sagen: Das Volk möge behütet werden, dahin zu kommen, daß es unmittelbar von Jenen regiert werde. Denn dann ziehen wir das heutige Regiment vor. Aber wenn wir das Rheinland erobern wollen, dann müssen wir auf dem Boden hier mit ehrlichen Waffen kämpfen und Generäle hier haben, welche die Strategik genau kennen. (Anhaltender Beifall.)

Die Mehrheit erklärte sich schließlich für die Wahl einer Kommission von fünf Mitgliedern, welche sofort die Frage eines Zentralorgans prüfen solle. Die Kommission behandelte die Frage und schlug dem Parteitag folgende Resolution vor: „Der Parteitag begrüßt die demnächst in Köln erscheinende sozialdemokratische Tageszeitung für die Regierungsbezirke Köln, Koblenz, Trier und Aachen mit aufrichtiger Freude und ersucht die Parteigenossen, mit Kräften dafür einzutreten.“ Die Resolution wurde mit Beifall begrüßt und ohne Erörterung angenommen.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung „Regelung der provinzialen Agitation“ erstattete Wolderskyy-Köln Bericht. Ein Antrag Wolderskyy: „Der Parteitag der Sozialdemokratie in Rheinland und Westfalen beschließt daß die Genossen in einem noch zu bestimmenden Orte eine Kommission von drei Mitgliedern wählen, welche die Agitation in beiden Provinzen planmäßig zu regeln haben. Jeder Genosse ist zur Unterstützung der Kommission verpflichtet“, wurde angenommen. Als Ort der Kommission wurde Elberfeld-Barmen bestimmt. Ferner wurden angenommen zwei von Lücke-Köln vorgeschlagene Resolutionen: 1) „Der Parteitag erklärt es für die Pflicht der größeren Industrie- und Partei-Orte, nach kleineren Orten sowie in solche Kreise, in denen die Partei bis jetzt keinen Anhang besitzt, Agitationstouren zu unternehmen.“ 2) „Der Parteitag erklärt es für Pflicht, in den Organen der Provinzen eine besondere Rubrik einzuführen, in welcher Vertrauensmänner der verschiedenen Parteivereine und gleichzeitig die Adressen für die Sammelstellen für die gelesene Partei-Literatur regelmäßig aufgeführt werden.“

Schumacher-Solingen widmete dem am 29. Dezember v. J. verstorbenen früheren Mitgliede der sozialistischen Reichstagsfraktion, Rittinghausen, der 40 Jahre in Köln für die Freiheit gewirkt habe, einen warmen Nachruf. Mit dem Absingen der Arbeiter-Marseillaise und einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde der Parteitag, der von 11 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Abends währte, geschlossen.

Ein sozialdemokratischer Parteitag für die Provinz Schlesien wird am Sonntag, den 1. Februar, in Breslau stattfinden. Als Tagesordnung wird in Vorschlag gebracht: 1) Die schlesische Parteiorganisation. 2) Unsere Agitation in der industriellen, ländlichen und bergmännischen Bevölkerung. 3) Unsere Parteipresse. 4) Besondere Anträge. 5) Verschiedenes.

Aus Sachsen sind wieder eine Anzahl sozialdemokratische Siege bei den Gemeinderaths-Wahlen zu melden; so entfielen in Schönau von 216 abgegebenen Stimmen 116 auf unsere Kandidaten, in Roschau wählten die Unansässigen mit 57 gegen 51 Stimmen die von uns aufgestellten Männer. Bei den Ansässigen fehlten uns nur zwei Stimmen zur Majorität. In Gelenau wählten die Hausbesitzer mit 121 gegen 80 Stimmen Sozialdemokraten. Die Unansässigen gaben 268 sozialdemokratische und nur 96 antisozialistische Zettel ab. In Gesau siegten wir bei den Unansässigen.

Ueber einen eigenthümlichen Fall von „Beamtenbeleidigung“ wird aus Plauen berichtet. Vom dortigen Landgericht wurde kürzlich ein Arbeiter zu einem Monat Gefängniß verurtheilt, weil er gelegentlich einer sozialdemokratischen Volksversammlung, in der er mit der Durchführung einer Tellersammlung betraut war, auch an den überwachenden Beamten, einen Assessor der Amtshauptmannschaft, mit der Bitte um einen Beitrag herangetreten war. Als der Verurtheilte seinen Irrthum gemerkt hatte, war er nach den Aussagen der Zeugen sofort weiter gegangen.

Auf die für dieses Urtheil maßgebenden Gründe kann man wirklich gespannt sein.

Prag, 5. Januar. In der heutigen Sitzung des Landtages kam eine Zuschrift des Statthalters zur Verlesung, welche auf den vorjährigen Beschluß des Landtages in der Sprachenfrage antwortet. In der Zuschrift wird auf die veröffentlichten Sprachenverordnungen hingewiesen und erklärt, die Regierung sei noch nicht in der Lage, dem Landtag darauf bezügliche Vorlagen zu unterbreiten, werde jedoch nicht unterlassen, sofern die Durchführung der Beschlüsse der Wiener Konferenz zur Aenderung der Gerichtsorganisation in Böhmen führe, das Gutachten des Landtages über die Grundsätze der Gerichtsorganisation einzuholen. In Betreff der Revision der Sprachenverordnungen vom Jahre 1880 wird ausgeführt, die Regierung könne die Revision im Sinne der Wiener Konferenzbeschlüsse, an denen die Regierung in allen Punkten festhalte, erst nach der Durchführung der Aenderung der Gerichtssprengel in Erwägung ziehen. Bei der Revision der Aenderung der Gerichtsorganisation werde die Regierung die Wünsche des Landtages eingehend würdigen unter Wahrung der Einheit des Landes, der Gleichberechtigung der Volksstämme, der berechtigten Interessen der Rechtsuchenden und der Anforderung des Dienstes. Der Statthalter erklärte sodann, mit der verlesenden Zuschrift erscheine die Interpellation Rieger erledigt. Der Landtag überwies die Zuschrift an die Ausgleichskommission und begann sodann die Berathung des § 18 der Landeskulturvorlage.

Wien, 6. Januar. Die „Presse“ meldet: Die österreichisch-ungarische Zollkonferenz beschäftigte sich gestern mit den Handelsvertragsverhandlungen mit der Türkei und wird heute den Handelsvertrag mit Deutschland berathen.

London, 5. Januar. Ueber den schottischen Eisenbahnstreik liegen verschiedene Meldungen vor, welche darthun, daß die Bahngesellschaften in jeder Weise die Bediensteten der Bahn zur Unterwerfung zwingen wollen. Aus Motherwell weiß der Telegraph zu berichten, daß dort in Folge der Austreibung der streikenden Bahnleute aus den von ihnen bewohnten, der Eisenbahn-Gesellschaft gehörenden Wohnungen schwere Ruhestörungen stattfanden: Eine aus vielen Tausenden Streikenden und Bergleuten bestehende Menge hatte sich versammelt und wollte sich nicht zerstreuen, worauf das Tumultmandat verlesen wurde. Die Truppen und die Polizei chargirten. Die Soldaten schossen blind und zerstreuten die Menge. Viele Signalhütten sollen von den Ruhestörern geplündert worden sein.

Wie weit die Nachricht zutreffend ist, läßt sich bisher nicht kontroliren, da der Telegraph sich leider fast immer in den Dienst des Unternehmerthums stellt und sich die Verbreitung von den Arbeitern ungünstigen Nachrichten angelegen sein läßt. Aber die Richtigkeit der Nachricht angenommen, läßt sich die Wuth der Leute, die

---

Im Kampfe um den Boden.

Dorferzählung von Sewer-Maciejowski.

Mit Erlaubniß des Autors nach dem Polnischen bearbeitet von C. Kanemann.

(Nachdruck verboten.)

(4. Fortsetzung.)

Sie wandte sich damit ab, trat auf den Hof und kehrte das Hemd auf der Hecke auf die zweite Seite um. Wie in trauriger Stimmung ließ sie sich dann auf eine Bank, die vor der Hütte stand, nieder und streckte die nackten Füße gegen die Sonne. Ihr Blick verlor sich in der Ferne und schweifte zum Himmel hinauf, wo sie eine davonjagende Wolke zu beobachten schien.

„Ein närrisches Mädchen!“ meinte die Gevatterin in der Stube, indem sie an das Kneten des Nudelteigs in einer Mulde sich machte. „Die Nacht hindurch hat sie mit dem Burschen Tollheiten getrieben und bekümmert sich nun um ihn wie um den Kettenhund da draußen. Jeder glaubte, Jürgel wäre ihr Liebling. Indessen ist der Krieg mit dem Schulzen unvermeidlich und geht der Sturm einmal los, wird unser Eins nicht so leichten Kauf's davonkommen! Da soll man nun daraus gescheidt werden! Ach, die Sorgen, die Sorgen!“

Im Topfe brodelte das siedende Wasser, sie eilte an den Herd, warf mit einem Kochlöffel die Nudeln hinein, mischte und salzte das Gebräu und immer wieder kam das Lob von ihren Lippen:

„Ein Teufelsmädel! Sie hat aber Verstand!“

Sie schüttete die Nudeln in eine Schüssel, setzte die Speise zurecht und rief dann Hanna zur Mahlzeit.

„Wir müssen heute das Mittagmahl ohne Fett speisen. Das letzte Geld hast Du gestern für die Glaskrschen ausgegeben.“

„Achte ich denn darauf, was ich in den Mund bringe?“ lautete die Antwort. „Was nützt uns das Fett? Damit werde ich weder hübscher noch reicher.“

Sprachlos glotzte die Gevatterin sie an. Das erste Mal im Leben bekam sie zu hören, daß Jemand das Fett gering schätzen könne.

„Hannchen!“ rief sie verwundert. „Was soll das Gerede? Du magst kein Fett in den Speisen?“

„Wie Ihr es gehört. Es ist mir einerlei, was ich esse.“

Sie legte den Löffel bei Seite und schickte sich zum Gehen an.

„Gehst Du schon fort, Hanna?“

„Der Gutsherr denkt nicht daran, mich zu rufen, so will ich denn zum Mathias. Vielleicht wird der Alte an mir Gefallen finden ...“

„Ha! ha! ha!“ lachte die Gevatterin, froh über die gute Laune ihres Lieblings.

Eine Hacke über die Schulter werfend, machte Hanna mit verschmitzter Miene einen Knix vor der Alten und meinte schalkhaft:

„Gevatterin, laßt uns den alten Filz mit vereinten Kräften belagern. Er wird ohne Mucken zum Altar geführt und Ihr werdet Eure fetten Speisen für das ganze Leben in Hülle und Fülle haben.“

„Spotte nur nicht, der Filz hat seinen Schädel am Halse! Ein pfiffiger Spatz! Einer Spreu wegen geht er nicht auf den Leim.“

„Bin ich denn eine Spreu?“ schmollte das Mädchen, sich stolz aufrichtend.

„Was würde er aber mit Dir beginnen?“ ...

Sie wechselten einen Blick und lachten aus vollem Halse auf.

Vom Meierhofe her ertönte ein schriller Glockenton, das Signal für die Feldarbeiter.

Das Mädchen stürmte hinaus. Die Gevatterin trat an's Fenster, und da sie noch immer nicht glauben wollte, daß Fett auf Hanna in Wirklichkeit keine Wirkung üben sollte, rief sie ihr nach:

„Bleib nur unbesorgt, Hanna! Zum Abendmahl wirst Du Milch haben!“

Die Eilende warf den Kopf zurück, nickte zustimmend und schlug den Weg nach dem Hofe ein.

„Ein schmeichlerisches Eichkätzchen!“ murmelte die Gevatterin. „Kein Wunder, daß der Bursche ihr nachläuft, wie die Fliege dem Honig. Er würde sich noch ohne sie ertränken. Dem Alten soll er nur damit drohen, die Kniffe will ich ihm schon beibringen ....“

Sie holte aus der Kammer eine Sichel und Schürze, schnitt in den Straßengräben einen Haufen wilden Unkrauts und trug es in einen kleinen Stall hinüber, welcher aus Reisig und Lehm zusammengeleimt, weiter im Hofraum gelegen war. Eine magere kleine Kuh blickte auf die Gevatterin und das Gras mit starren, weit geöffneten Augen und kläglichem Gebrüll.

„Du beklagst Dich auch schon über die Noth, Krasulka, daß mir schier das Herz brechen könnte ....“

Sie schüttete das Futter hinter die Heuleiter und als die Kuh gierig daran zerrte, nahm Kuboska ein Milchschaff, rückte einen Schemel herbei und setzte sich zum Melken nieder.

„Gedulde Dich, armes Geschöpf,“ setzte sie ihr Selbstgespräch fort. „Du bekommst im Winter duftendes Heu und Rüben in Fülle und Dein Stall wird warm wie eine Stube. Unserem Elend wird Hanna ein Ende machen. Jetzt aber gieb noch ein wenig Milch, ein klein wenig Milch ....“

Als ob die Kuh die Bitte verstehen würde, blökte sie kläglichen Tons, und ihrem Euter entquoll ein kärglicher Milchstrom.

Die Sonne berührte bereits wie eine rothglühende Kugel den Wipfel des Waldes, als der Schulze in weißem, mit einem ledernen Riemen gegürteten Kittel, einen grauen Filzhut auf dem Haupte, gestützt auf einen Stock, die Straße heraufkam und plötzlich vor der Hütte der Gevatterin Halt machte. Kuboska erblickte ihn durch's Fenster und erstarrte beinahe vor Schreck.

„Da ist der Bösewicht schon!“ kam es flüsternd von ihren erblaßten Lippen. „Gott im Himmel, erbarme Dich meiner!“

Regungslos, die Hände verschränkt, wagte sie sich nicht vom Fleck und blickte nur unverwandt auf den Mann.

Die Hütte betrachtend, wackelte der Schulze mit dem Kopfe, als ob er sich über etwas wunderte. Sein glatt rasirtes, hageres und knochiges Antlitz hatte eher den verschmitzten Ausdruck eines Jesuiten, als den eines Bauers, während die spitzige, gebogene Habichtsnase und die kleinen, bierbraunen stechenden Augen von Starrsinn und Habsucht sprachen. Selbstbeherrschung bekundete der schmale und zusammengepreßte Mund.

„Was stehst Du vor der Hütte und hast Maulaffen feil? Siehst Du sie zum ersten Mal?“

Der Schulze stellte die Füße breit auseinander, stützte die Hände auf den Stock und betrachtete, wie über etwas nachsinnend, unablässig die Hütte. Da verlor die Gevatterin die Geduld. Sie faßte sich einigermaßen und trat, von Neugier gedrängt, aus der Stube. Mit einem tiefen Bückling kam sie auf den Schulzen zu und harrte, sich wieder hoch aufrichtend, seiner Anrede.

„Fürchtet Ihr Euch nicht, in der Bude zu wohnen?“ begann dieser phlegmatisch.

„Weshalb sollten wir uns fürchten?“ klang es festen Tones zurück.

„Daß sie einmal zusammenstürzt und Euch um's Leben bringt.“

„Sie steht bereits über zwanzig Jahre so.“

„Zwanzig Jahre?“ meinte der Schulze mit einem traurigen Kopfschütteln. „Ob nicht länger?“

„Vielleicht auch länger. Wer kann es wissen. Im Dorfe wird schwerlich sich Jemand erinnern, wann die Hütte erbaut wurde.“

„Hm, hm,“ machte der Schulze gelassen. „Aber einmal muß sie ja doch zusammenstürzen.“

„Das glaube ich kaum,“ meinte sie leichthin.

Böse Ahnung beschlich die Gevatterin.

„Dann kommen Einem Kommissionen auf den Hals allerlei Beschwerden, Gott weiß welche Unannehmlichkeiten. Und schließlich heißt es: Gemeinde zahle!“

Eine Weile lang wackelte er noch kummervoll mit dem Kopfe, dann setzte er langsamen Schrittes, wie es einem gesetzten Mann, einem Reichen und einem Schulzen geziemt, seinen Weg fort.

Ein Frösteln ging durch die Glieder der Gevatterin. Sie vergrub den Kopf in beide Hände und duckte sich fast zu Boden.

„Was kann er nur im Schilde haben? Was kümmert ihn meine Hütte?“

Sie schaute zu ihrem Wohnsitz auf. Nie war ihr die armselige Hütte hübscher und grader erschienen als in diesem Augenblick. Mitten auf der Straße stehend, verfolgte sie den Schulzen mit dem Blick. Dieser ging langsam von dannen, er bog in die Lindenallee ein, wo seine Gestalt immer kleiner ward und nur sein breiter Filzhut hin und wieder aus dem grünen Laube hervorleuchtete.

„Er ist in die Schenke gegangen,“ murmelte die Besorgte. „Der Jude wird mir Alles berichten.“

Der Boden brannte unter ihren Füßen. Flugs kehrte sie in die Stube zurück, warf ein Tuch über die Schultern und flog wieder hinaus. Am Bache blieb sie unschlüssig stehen. Dann eilte sie gradewegs in die Hütte der Magiera, die abseits gelegen, von einem dichten Obstgarten mit Bienenstöcken umgeben, kaum in dem Dickicht der Bäume zu bemerken war. Die Thüre der Hütte war mit einem Hängeschloß versperrt. Die Gevatterin eilte auf die nahe Wiese. Hart am Bachufer ble